



Überwältigende Mehrheit für Vertrag von Lissabon

Mit überwältigender Mehrheit hat das Europäische Parlament heute Ja zum Vertrag von Lissabon gesagt. Dieser müsse nun zügig ratifiziert werden, damit die Bürger bei den Europawahlen 2009 ihre Stimme "in voller Kenntnis des neuen institutionellen Rahmens der Union" treffen können. Der Vertrag bedeute eine wesentliche Verbesserung: Er stelle u.a. die demokratische Kontrolle und Entscheidungsfähigkeit sicher, stärke die Rechte der Bürger und verbessere das wirksame Funktionieren der Organe der EU.

Der Bericht des britischen Abgeordneten Richard CORBETT (SPE) und des Spaniers Íñigo MÉNDEZ DE VIGO (EVP-ED) wurde heute vom Plenum mit 525 Ja- und 115 Nein-Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen. Die Abgeordneten argumentieren, der Vertrag bringe mehr demokratische Kontrolle, stärke die Rechte der Bürger, bekräftige die Werte der EU, ermögliche effizienteres Handeln und bringe insgesamt mehr Klarheit.

Demokratische Kontrolle und Entscheidungsfähigkeit

Die demokratische Kontrolle und die Entscheidungsfähigkeit würden gestärkt, wodurch die Bürger eine bessere Kontrolle über die Maßnahmen der Union erhalten. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Europäische Parlament - von wenigen Ausnahmen abgesehen - gleichberechtigt mit dem Ministerrat EU-Rechtsvorschriften verabschiedet, dass diese einer vorherigen Kontrolle durch die nationalen Parlamente unterworfen werden und dass der Präsident der EU-Kommission vom EP auf Vorschlag des Europäischen Rates gewählt werde, der dabei das Ergebnis der Europawahlen zum Europäischen Parlament berücksichtigt.

Stärkung der Rechte der Bürger

Das Parlament begrüßt darüber hinaus die Stärkung der Rechte der Bürger: So werde die Charta der Grundrechte der EU, in der alle bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte aufgelistet werden, rechtsverbindlich und biete damit den Bürgern der Union Rechtssicherheit.

Zugleich ermögliche die Einführung einer EU-Bürgerinitiative den Bürgern, Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es ihrer Ansicht nach eines Rechtsaktes der Union bedarf.

Kein zentralisierter übermächtiger Superstaat - Austritt möglich

Des Weiteren loben die Abgeordneten die eindeutige Abgrenzung der Befugnisse der Union gegenüber den Mitgliedstaaten. Es werde für "ausreichende Garantien" gesorgt, dass die Union kein zentralisierter übermächtiger Superstaat wird, so das EP. Es gälten die Grundsätze der übertragenen Zuständigkeiten (wodurch die EU nur die Zuständigkeiten besitzt, die ihr von den Mitgliedstaaten übertragen werden), der Subsidiarität und sowie der Verhältnismäßigkeit. Die nationale Identität der Mitgliedstaaten werde gewahrt.

Darüber hinaus werde das Recht eines jeden Mitgliedstaats festgeschrieben, auf eige-

nen Wunsch aus der EU auszuscheiden.

Größere Effizienz

Künftig werde die EU ihre Aufgaben effizienter erfüllen können, insbesondere weil die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat die Regel werde und somit Entscheidungen seltener durch Vetos blockiert werden können, lobt das Parlament. Auch das neue System der Abstimmungen mit doppelter Mehrheit werde das Fassen von Beschlüssen im Ministerrat erleichtern.

Darüber hinaus werde die Außenwirkung der Union und ihre Fähigkeit zum Handeln als globaler Akteur "erheblich" verbessert: Durch die Zusammenlegung der Ämter des Hohen Vertreters der Union für die Außenpolitik und des Kommissionsmitglieds für Außenbeziehungen werde "mehr Kohärenz im außenpolitischen Handeln der Union sichergestellt". Hierzu trage auch ein einheitlicher auswärtiger Dienst bei, der der Kommission angegliedert sein solle.

Bedenken wegen nationaler Ausnahmen

Das Parlament äußert seine "Bedenken" dahingehend, dass in den Vertrag "spezielle Maßnahmen für bestimmte Mitgliedstaaten" aufgenommen wurden. Dabei handelt es sich um die Ausweitung des „opt-in“-Systems bezüglich der polizeilichen Zusammenarbeit und des Strafrechts für Großbritannien und Irland, die "Begrenzung der Auswirkungen der Charta auf das innerstaatliche Recht" von Großbritannien und Polen sowie den zusätzlichen parlamentarischen Sitz für Italien. Auch rücke der neue Vertrag vom "verfassungsmäßigen Ansatz", der Verankerung von Flagge und Hymne und der Verwendung des Titels „Außenminister“ anstelle von „Hoher Vertreter“ ab.

Vertrag vor dem 1. Januar 2009 ratifizieren

Jede Regierung müsse "politisch alles daran setzen", damit die Ratifizierung vor dem 1. Januar 2009 erfolgen kann, fordern die Abgeordneten. Auf diese Weise könnten die Bürger bei den Europawahlen 2009 ihre Stimme "in voller Kenntnis des neuen institutionellen Rahmens der Union" treffen.

In diesem Zusammenhang verlangt der Ausschuss auch die unverzügliche Veröffentlichung der konsolidierten Verträge, wodurch die Bürger einen "klareren Grundagentext" über die Union erhalten würden. Ein Änderungsvertrag sei "zwangsläufig weniger klar und schlechter lesbar" als ein kodifizierter Vertrag.

Hintergrund:

Nachstehend finden Sie eine Zusammenfassung der wichtigsten Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon.

- Die Charta der Grundrechte wird rechtsverbindlich, auch wenn ihr Text nicht Bestandteil der Verträge wird.
- Direktdemokratische Elemente werden gestärkt, insbesondere durch das Recht auf Bürgerinitiative, nach dem Bürgerinnen und Bürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, die Kommission auffordern können, Vorschläge zu bestimmten Themen zu unterbreiten.
- Das neue Haushaltsverfahren gewährleistet die uneingeschränkte Gleichberechtigung von Parlament und Rat bei der Billigung des Gesamthaushalts und des mehrjährigen Finanzrahmens. Die Unterscheidung zwischen obligatorischen Agrarausgaben und den nichtobligatorischen sonstigen Ausgaben des Haushalts wird abgeschafft.
- Die qualifizierte Mehrheit wird zur allgemeinen Regel im Ministerrat. Die Abstimmung mit doppelter Mehrheit von 55 % der Staaten, die 65 % der Bevölkerung repräsentieren, tritt jedoch nicht vor 2014 in Kraft. Außerdem wird es eine bis 2017 andauernde dreijährige Übergangszeit geben, in der ein Beschluss nach den im Vertrag von Nizza vorgesehenen Abstimmungsregeln blockiert werden kann.
- Ein neuer (von den Staats- und Regierungschefs für zweieinhalb Jahre gewählter) ständiger Präsident des Europäischen Rates steht dessen Tätigkeit vor und treibt sie voran.
- Das Parlament wird sich künftig aus 750 Mitgliedern zuzüglich seines Präsidenten zusammensetzen.
- Der Präsident der Kommission wird vom Europäischen Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Der Kandidat wird vom Europäischen Rat vorgeschlagen, wobei das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigt wird. Das Parlament wird auch über die Einsetzung der gesamten Kommission, einschließlich des Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik abstimmen.
- Die Zahl der Mitglieder der Kommission wird verringert: Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Reformvertrags an bis 2014 wird die Kommission aus je einem Staatsangehörigen jedes Mitgliedstaats beste-

hen. Ab 2014 wird sie aus einer Anzahl von Mitgliedern bestehen, die zwei Dritteln der Zahl der Mitgliedstaaten entspricht. Es wird ein Rotationssystem eingeführt.

- Die Einsetzung eines Hohen Vertreters für die Außenpolitik mit Doppelfunktion, der im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ den Vorsitz führen und zugleich einer der Vizepräsidenten der Kommission sein wird, soll für Kohärenz des auswärtigen Handelns der Union insgesamt sorgen.
- Eine Solidaritätsklausel wird eingeführt: Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats haben die anderen Mitgliedstaaten alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung zu leisten.
- Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wird vergemeinschaftet; die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und die Mitentscheidung werden ausgeweitet. Die Vergemeinschaftung wird mit gewissen „Notbremsen“ gekoppelt, die es den Mitgliedstaaten gestatten, mit bestimmten Fragen, bei denen Grundprinzipien ihrer Rechtsordnung auf dem Spiel stehen, den Europäischen Rat zu befassen.
- Die Union besitzt künftig Rechtspersönlichkeit, und die Säulenstruktur verschwindet.
- Eine klare und exakte Aufteilung der Zuständigkeiten wird eingeführt.
- Neben dem so genannten Gelbe-Karte-Verfahren (wenn ein Drittel der nationalen Parlamente einen Legislativvorschlag ablehnt, muss die Kommission diesen erneut prüfen) wird ein neuer Mechanismus eingeführt, der es den nationalen Parlamenten erlaubt, die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips zu überwachen: Wenn die nationalen Parlamente mit einfacher Mehrheit eine Stellungnahme annehmen, wonach ein Legislativvorschlag gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt, und entweder der Rat oder das Parlament diesen nationalen Parlamenten zustimmt, wird der Vorschlag abgelehnt.
- Neue Rechtsgrundlagen für die Bereiche Energie (gestärkt), Patente, Tourismus, Sport, Raumfahrt und Verwaltungszusammenarbeit werden eingeführt; der Bereich Umweltpolitik wurde durch einen Verweis auf den Klimawandel ergänzt.
- Eine neue horizontale „Sozialklausel“ garantiert, dass die Union bei der Konzipierung und Umsetzung ihrer Politik Notwendigkeiten wie der Förderung eines „hohen Beschäftigungsniveaus“, der Gewährleistung eines „angemessenen Sozialschutzes“, der „Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“ sowie einem „hohen Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung und des Gesundheitsschutzes“ Rechnung trägt.
- Schließlich enthält der Vertrag eine Austrittsklausel, in der die Modalitäten und das Verfahren festgelegt werden, nach denen ein Mitgliedstaat aus der Union austreten kann. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist erforderlich.

Nachstehend finden Sie eine Zusammenfassung der heutigen Debatte zum Vertrag von Lissabon:

Stellungnahmen der Berichtstatter

Richard **CORBETT** (SPE, UK), einer der beiden Berichtstatter des Europäischen Parlaments, unterstrich, ein Vergleich mit den anderen Verträgen zeige eindeutig, dass der neue Vertrag eine klare Verbesserung darstelle. Er mache die EU zu einer wirksameren, besseren und bürgernäheren Union. Die "demokratische Rechenschaftspflicht" werde gewährleistet. Es gebe eine "doppelte Legitimierung" durch die Einbindung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments. Die Befugnisse des EP würden gestärkt. Insgesamt gebe es durch den neuen Vertrag einen "erheblichen Zuwachs" an Demokratie. Zudem werde Klarheit über die Zuständigkeiten der Union geschaffen. Corbett macht außerdem deutlich, dass durch den Vertrag von Lissabon kein "europäischer Superstaat" entstehe. Insgesamt werde die "europäische Maschinerie" effizienter arbeiten.

"Viele hätten den Vertrag von Lissabon gerne ehrgeiziger gesehen", so Íñigo **MÉNDEZ DE VIGO** (EVP-ED, ES), aber "wir hätten den Ratifizierungsprozess ohne eine politische Lösung nicht vorantreiben können". Der Vertrag von Lissabon sei nicht der Verfassungsvertrag - man habe "zurückstecken müssen". Aber "das Wesentliche" habe man retten können, vor allem das, was es der Europäischen Union erlaube, demokratischer zu werden und einen "zusätzlichen Wert für die Bürger zu schaffen", die "immer im Mittelpunkt" stehen müssten. "Wir müssen als Europäer handeln", so Méndez de Vigo weiter, "mit einer Stimme sprechen" und "präsent sein", um Probleme wie den Klimawandel, illegale Einwanderung und Atomenergie anzugehen.

Beiträge von Rat und Kommission

Janez **Lenarčič**, Europa-Staatssekretär Sloweniens, stimmte der positiven Bewertung der Berichterstatter zu; der Vertrag von Lissabon "ist ein sehr guter Vertrag". Europa müsse sich den Herausforderungen stellen, die sich im Inneren der Union wie auch in der Welt ergeben. Der Vertrag von Lissabon gebe dafür die Grundlage, garantiere er doch ein effizientes Arbeiten der Institutionen. Der Vertrag, so Lenarčič, stärke die demokratische Legitimität der EU- Politiken und bringe die EU näher an ihre Bürgerinnen und Bürger. Die slowenische Ratspräsidentschaft beglückwünsche die fünf EU-Staaten, die den neuen Vertrag bereits ratifiziert haben und wünsche sich, dass die Ratifizierung auch in den anderen EU-Staaten ohne Schwierigkeiten vonstatten gehe, so dass der Vertrag wie geplant zum 1. Januar 2009 in Kraft treten kann.

EU-Kommissarin Margot **WALLSTRÖM** sagte, die Europäische Kommission teile voll und ganz die positive Einschätzung. Der Lissabonner Vertrag "ist ein wichtiger Schritt vorwärts für Europa", bringe er doch mehr Transparenz und demokratische Legitimität. "Die Stärkung des Europäischen Parlaments ist eine Stärkung der demokratischen Legitimität der EU". Dies drücke sich aus durch die direkte Verbindung der Europawahl mit der Wahl des nächsten Kommissionspräsidenten, der verstärkten Einbindung der nationalen Parlamente sowie der neuen partizipatorischen Elemente, wie dem europäischen Bürgerentscheid. Noch sei aber ein weiter Weg bis zur Ratifizierung in allen EU-Staaten zurückzulegen. Die Europäische Kommission werde ihre Informationspolitik über den Lissabonner Vertrag gemeinsam und sehr eng mit den nationalen Behörden und dem Europäischen Parlament fortführen, um die Bürgerinnen und Bürger über die Inhalte des neuen Vertrages objektiv und klar zu informieren.

SprecherInnen der Fraktionen:

Der Vertrag bedeute "die Rückkehr der Politik nach Europa", so Joseph **DAUL** (EVP-ED, FR). Er sei wichtig, um das europäische Einigungswerk wieder in Schwung zu bringen und schaffe die Grundlage für gemeinsames Arbeiten. Durch die Kompetenzabgrenzung gebe es künftig eine "verständlichere Arbeitsweise". Auch international bekomme Europa mehr Gewicht. In der Welt erwarte man "mehr Europa", nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch politisch. Europa müsse sichtbarer werden, auch etwa im globalen Kampf gegen den Klimawandel. Abschließend rief Daul dazu auf, den Vertrag zügig zu ratifizieren.

Für Martin **SCHULZ** (SPD) zeigt die Geschichte der vergangenen hundert Jahre, dass Nationalismus ein Irrweg ist und Krieg bedeute und dass die einzige Antwort auf die Lösungsfragen die europäische Integration sei. Nur so könnten die Länder in Europa auch in 25 oder 50 Jahren Einfluss auf das Geschehen in der Welt nehmen und nur so könnte ein friedliches Zusammenleben garantiert werden. Man müsse sich die Frage stellen: "Warum brauchen wir diesen Vertrag von Lissabon?". Durch den Aufstieg von Indien und China und die Tatsache, dass die Welt zusammengedrückt sei, müsse sich jeder überlegen: "Wie können wir mit dieser Situation fertig werden?" - und er unterstrich, dies sei "alleine nicht mehr möglich".

"Die gesamte Welt wartet auf die Europäische Union, die nun mit einer stärkeren Fähigkeit auf der Weltbühne agieren kann", so Andrew **DUFF** (ALDE/ADLE, UK). Er betonte, die EU solle sich nun darauf konzentrieren, "die Qualität der Politik zu verbessern". Leider gebe es viele Kritiker unter den britischen Konservativen. Auch die Regierung des Vereinigten Königreichs erscheine manchen "zu erschrocken" und habe sich mit den opt-outs selbst von der europäischen Einigkeit ausgeklammert. Er hoffe sehr, die britische Regierung werde sich hier in Zukunft stärker einbringen.

Der neue Vertrag, so Brian **CROWLEY** (UEN, IE), werde seinen Teil dazu beitragen, dass die EU stärker und Europas Wirtschaft sicherer werde. Die irischen Bürger, so zeigte sich Crowley zuversichtlich, werden für diesen Vertrag stimmen. Die EU habe Fortschritte gebracht, die insbesondere in Irland greifbar seien. Dort sei nicht nur viel in Wirtschaft und Infrastruktur gesteckt worden, sondern auch viel Arbeit für den Frieden geleistet worden.

Johannes **VOGGENHUBER** (Grüne) betonte, der Vertrag von Lissabon sei "die Grundlage der ersten supranationalen Demokratie der Geschichte". Die EU müsse insofern als verantwortungsbewusster Akteur agieren, auch wenn der Vertrag sicherlich "unter den Erwartungen vieler liege". "Wenn wir in die Zukunft schauen, müssen wir den Geist des Vertrags von Lissabon beleben und eine Union der Menschen und keine Union der Staaten schaffen".

Mary Lou **MCDONALD** (KVEL/NGL, IE) betonte, der Vertrag von Lissabon werde nur in Irland einer "demokratischen Überprüfung" unterzogen. "Wer hat Angst vor dem Volk?", so MCDONALD weiter. Der Vertrag bedeute Abstriche beim öffentlichen Dienst und bei den Arbeitnehmerrechten. "Der Vertrag steht nicht für Reformen und Effizienz, vielmehr wird jegliche Demokratie abgebaut".

Nigel **FARAGE** (IND/DEM, UK) bezeichnete den Vertrag von Lissabon als "Paket von Lügen", die Bevölkerung werde getäuscht, denn er sei eine "einzige Kopie" des Verfassungsvertrages. Nur die Fahnen und Hymnen seien verschwunden. Die Abgeordneten seien "zu feige", um die Stimme des Volkes anzuhören, so Farage.

"Ich lehne den Vertrag von Lissabon ab", so Jim **ALLISTER** (Fraktionslose, UK). Vor den Referenden in den Niederlanden und in Frankreich habe man "sehr viele leere Worte gehört". Seit die Bürger anders entschieden hatten, habe man "furchtbare Angst" vor einer weiteren Ablehnung. Dies zeige die "Arroganz und Tyrannei", nun gebe man alle Gewalt an die "Despoten von Brüssel".

Weitere deutschsprachige RednerInnen

"Der Reformvertrag stärkt diese Europäische Union. Es gibt ein Mehr an Demokratie für das Europäische Parlament, für die nationalen Parlamente und dennoch eine Handlungsfähigkeit der Europäischen Union, die durch diesen Vertrag hergestellt wird", so Hannes **SWOBODA** (SPÖ). Nun könne die EU endlich "eine handlungsfähige Energieaußenpolitik betreiben, die uns in eine bessere Ausgangsposition gegenüber Russland und anderen großen Energiemächten bringt".

Sylvia-Yvonne **KAUFMANN** (DIE LINKE) betonte: "Ich bin für Europa, und deshalb unterstütze ich als Linke den Vertrag von Lissabon". Allerdings sei sie gegen die stärkere Betonung militärischer Aspekte. Der Vertrag stelle die Weichen dafür, dass "die Europäische Union wesentlich demokratischer und bürgernäher wird", so Kaufmann weiter, gleichzeitig könne die EU "sozialer werden". Es komme darauf an, den "neoliberalen Zeitgeist" in Europa weiter zurückzudrängen. "Der Steuersenkungswettbewerb und das Lohndumping mit seinen fatalen sozialen Folgen müssen beendet werden, und es ist notwendig, in allen EU-Staaten Mindestlöhne einzuführen".

"Es heißt immer, dieser Vertrag von Lissabon wird Europa funktionsfähig machen, so Andreas **MÖLZER** (FPÖ). Als einer, "der diesem Vertrag sehr kritisch gegenübersteht", hoffe er dies "im Sinne unserer Kinder". Fest stehe, dass dieser Vertrag allein deshalb unter einem "schlechten Stern" stehe, weil er "vom Demokratiepolitischen her alles missachtet, was nur möglich ist". " Ich bin gegen diesen Vertrag, weil ich für Europa bin!", so Mölzer abschließend.

Der Vertrag von Lissabon schließe die Lücke der EU und sei einmalig, da die unterschiedlichen Interessen "mit Debatten und demokratischer Abstimmung" gelöst würden, so Elmar **BROK** (CDU). Zum Schluss stellte er jedoch die Frage in den Raum: "Hat Europa zusammen eine Überlebenschance, indem wir unsere Kräfte sammeln und diese demokratisch legitimieren und lenken, oder gehen wir als Europäer in dieser globalen Ordnung unter?"

"Im so genannten Eurobarometer wird immer ausgewiesen, dass rund 30% der Menschen in Europa Euroskeptiker und Unzufriedene sind. Diese 30% sind vor allem attraktiv für jene Protestparteien und sonstige, die keine eigenen Inhalte haben, die aber an diesen 30% partizipieren möchten", so Reinhard **RACK** (ÖVP). Den Betreffenden gehe es nicht um Referenden oder um Demokratie, sondern vielmehr darum, "dieses Protestpotential von 30% zu aktivieren und hinter ihre Ziele zu spannen".

"Ich glaube und ich hoffe, dass der Vertrag eine Chance bietet, die Europäische Union mit ihren Bürgerinnen und Bürgern wieder etwas mehr zu versöhnen", so Hartmut **NASSAUER** (CDU). Zwischen der Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern gebe es eine Lücke, die in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden deutlich geworden sei und diese müsse geschlossen werden. Er sehe keine Konkurrenz zu den nationalen Parlamenten, sondern vertrete die Ansicht, man müsse "kooperieren".

Paul **RÜBIG** (ÖVP) fragte vor allem nach der Akzeptanz der verschiedenen Protokolle und Texte des Reformvertrags. Ihn würde es interessieren, ob es hier Analysen gebe, "welche Punkte in der Bevölkerung besonders gut ankommen bzw. welche Punkte als problematisch gesehen werden?" Wo liege eigentlich das Interesse der 500 Mio. Bürgerinnen und Bürger daran, dass dieser Reformvertrag unbedingt notwendig sei, so Rübiger weiter.

Kontakt :

Andreas KLEINER

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (0032-2) 28 32266

STR: (0033-3) 881 72336

PORT: (0032) 498 98 33 22

Gabriele FELSTERL

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (0032-2) 28 41027

STR: (0033-3) 881 73782